

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Dienstag, **28.08.2012**, 17:00 Uhr - 18:20 Uhr,
Lublin-Zimmer, (ehemaliges Konferenz-Zimmer) Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143
Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding , Olaf Bloch Vertretung für Herrn Ediger, Olaf Dreßen , Jürgen Ohm , Werner Quante , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Felix Echelmeyer Vertretung für Herrn Marquardt, Elke Leiendecker , Kurt Pölling , Friedhelm Schade

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Heribert Klas , Thomas Marcinkowski Vertretung für Herrn Gerhard Jokschi, Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

von der Fraktion DIE LINKE.

Ahmet Yesilyaprak

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Wolfgang Heuer , Dr. Thomas Jungkamp , Heinz Lembeck , Jochen Lücken , Thomas Schulze auf'm Hofe , Martin Schulze-Werner , Michael Willamowski

für die Schriftführung

Christiane Köhling ,

Es fehlten:

Wolfhard Ediger , Gerhard Jokschi , Thomas Marquardt , Fritz Pfau ,

Tagesordnung

- | | | |
|-------------------------|----|---|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0405/2012</u>
V | 3. | Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut |
| <u>V/0560/2012</u>
V | 4. | Ergebnisse und Empfehlungen des Arbeitskreises Wohnungslosigkeit |
| <u>V/0608/2012</u>
I | 5. | Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel, anlässlich der Veranstaltung "Jazzfestival" am 06.01.2013 |
| <u>V/0540/2012</u>
I | 6. | Besetzung der Einigungsstelle nach LPVG |
| | 7. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Frau Wendland fragte nach, ob es Hinweise zur Tagesordnung gibt. Das war nicht der Fall.

Sie begrüßte Herrn Willamowski als neuen Leiter des Personal- und Organisationsamtes und Herrn Dr. Jungkamp als neuen Referenten des Dezernenten für Bürgerservice, Ordnung, Personal und Organisation.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Heuer informierte über den neuesten Stand zu dem „Occupy-Camp“ am Iduna-Hochhaus. Das Vorhaben, den Aktivisten einen anderen Standort („Speakers Corner“) anzubieten, gestaltet sich danach schwieriger als erwartet. Gespräche mit den Aktivisten und den betroffenen Geschäftsleuten haben derzeit zu einer Beruhigung / Akzeptanz geführt. Unabhängig davon laufen die Bemühungen, einen anderen Standort zu finden.

Herr Lenski stellte die Frage, ob das „Occupy-Camp“ unter das Ordnungsrecht oder unter das Versammlungsrecht fällt. Herr Heuer antwortete, dass das in Abstimmung mit der Polizei derzeit eine Sache des Ordnungsrechts ist und damit in die Zuständigkeit des Ordnungsamtes fällt.

Herr Klas bat um Informationen darüber, welche Standorte für den „Speakers-Corner“ ins Auge gefasst sind. Er bittet um entsprechende Informationen an das Geschäftsbüro der Fraktion. Herr Heuer hat das zugesagt, nachdem der Verwaltungsvorstand beraten hat.

Herr Schulze-Werner berichtete über den zusätzlichen Markttag am kommenden Sonntag

(02.09.2012) im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Schauraum – das Fest der Museen und Galerien“. Die Organisation wird mit Unterstützung des Ordnungsamtes von den Marktbesuchern durchgeführt.

Anschließend berichtete Herr Schulze-Werner über die Situation der Straßenmusikanten in der Innenstadt. In diesem Sommer sei in dem Bereich eine besondere Situation (große Anzahl an Straßenmusikern, Übergang von der Straßenmusik zur Bettelei) entstanden, die zu zahlreichen Beschwerden von Geschäftsleuten geführt hat. Das Ordnungsamt hat darum seit Anfang August stärker kontrolliert. Herr Schulze-Werner informierte in dem Zusammenhang über die Regeln für Straßenmusiker. Durch die Maßnahmen des Ordnungsamtes habe die Situation sich insgesamt entspannt. Das wurde von Herrn Ohm bestätigt. Herr Klas machte mit Zustimmung des Ausschusses deutlich, dass viele der Straßenmusiker auf hohem Niveau spielen und eine Bereicherung für die Stadt seien.

Herr Schulze-Werner berichtete über die Diskussionen im Zusammenhang mit der Freigabe von Kfz.-Kennzeichen. Der Verwaltungsvorstand habe sich gegen die Option entschieden, neben „MS“ weitere Kennzeichen für Münster zu ermöglichen.

Punkt 3 der Tagesordnung V/0405/2012

Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut

Herr Schulze auf'm Hofe berichtete dem Ausschuss über die Kernaussagen der Vorlage sowie über einige Hintergründe.

Herr Pölling bedankte sich ausdrücklich für die Vorlage. Er stellte die Frage, ob und ggf. wie es nach der unter Punkt 2. der Vorlage genannten Projektlaufzeit von 2 Jahren weitergeht. Herr Schulze auf'm Hofe beantwortete die Frage dahingehend, dass es aus heutiger Sicht wünschenswert wäre, wenn die Maßnahmen sich in dieser Zeit etablieren würden und dauerhaft fortgeführt werden könnten.

Es folgte eine Diskussion zu dem in die Vorlage aufgenommenen Haushaltsvorbehalt und zu dem schwierigen Thema, dass auch inhaltlich absolut wünschenswerte Maßnahmen im Gesamtkontext der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen zu sehen sind.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt dem unter Ziffer 2 der Begründung dargestellten Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut zu. Die Verwaltung wird beauftragt, das Programm nach Maßgabe der verfügbaren finanziellen Mittel mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und anderen Anbietern sozialer Dienstleistungen sowie mit den vor Ort aktiven Initiativen umzusetzen.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Umsetzung eines Teils der Einzelvorhaben (Anlagen 1 und 2) in einer Projektlaufzeit von zwei Jahren vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2014 mit Kosten von 83.765 € pro Jahr verbunden ist. Über die Bereitstellung dieser Mittel entscheidet der Rat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2013.
3. Folgende Anträge sind mit der Beschlussfassung dieser Vorlage umgesetzt:
 - a. Antrag der SPD Fraktion an den Rat Nr. A-R/0033/2008 – „Münster für alle – In Würde alt werden – Schutz vor Altersarmut wirkungsvoll entfalten“

- b. Antrag der CDU Fraktion an den Rat vom 20.02.2012 – „Für eine generationengerechte Stadt – im Europäischen Jahr – für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen
- c. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Vorlage V/0941/2011 – Altersarmut in Münster im Lichte des demographischen Wandels im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung vom 28.02.2012

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit der Umsetzung aller Module des Maßnahmenprogramms zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut Kosten von insgesamt 167.530 € in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 verbunden sein werden. Die Mittel sind in der Haushaltsplanung bislang nicht eingestellt. Über die Bereitstellung der Mittel entscheidet der Rat im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0560/2012

Ergebnisse und Empfehlungen des Arbeitskreises Wohnungslosigkeit

Herr Lembeck gab zu der Vorlage einen Bericht ab.

Herr Lenski stellte für die FDP-Fraktion folgenden Antrag:

„Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung möge beschließen:

Die Sachentscheidung wird wie folgt ergänzt:

1. [...]
 2. *Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen zur Neuausrichtung der Hilfen in Wohnungsnotfällen ist mit Kosten in Höhe von jährlich ca. 134.780 € einschließlich zwei 0,5 Stellen verbunden, die ~~bisher~~ **wobei die anteiligen Sachkosten nicht im Haushaltsplan veranschlagt sind. Die zwei 0,5 Stellen werden kostenneutral im Bestand der Stadt verlagert.** Dem stehen nachvollziehbare Einsparungen durch präventive Maßnahmen gegenüber. Insbesondere mit der vom Arbeitskreis Wohnungslosigkeit vorgeschlagenen Flächenreduzierung für den Betrieb einer Übergangseinrichtung sind neben Betriebskosteneinsparungen liegenschaftliche Gewinne zu erwarten.*
3. - 5. [...]“

Herr Lenski begründete den Antrag damit, dass bei der derzeitigen Formulierung (...“Über die Bereitstellung der Mittel muss im Rahmen der Beratungen über den Haushaltsplanentwurf 2013 ff. entschieden werden...“) die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass die aus seiner Sicht richtigen und notwendigen Maßnahmen trotz einer positiven Entscheidung darüber nicht umgesetzt werden, weil die entsprechenden Haushaltsmittel in den Haushaltsberatungen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Herr Lembeck erläuterte auf Nachfrage, dass die beschriebenen Maßnahmen personell ohne zusätzliche Unterstützung nicht umzusetzen sind. Herr Willamowski ergänzte dazu, dass 1,0 Stelle zum Stellenplan 2012 im Amt für Wohnungswesen eingerichtet wurde, um dort Wohnraum für problematische Personen(gruppen) zu gewinnen.

Herr Pölling erkundigte sich nach dem Standard der Wohnungen und nach der Anzahl der betroffenen Menschen.

Herr Lembeck erläuterte, dass versucht wird, einen Kompromiss zu finden zwischen einem soliden modernen Standard und den Mindestanforderungen. Betroffen sind ca. 600 Menschen im Jahr. Ob es gelingt, die Anzahl zu reduzieren, ist offen.

Der Antrag wurde mehrheitlich (contra: 7 Stimmen von der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen/GAL, pro: 1 Stimme der FDP-Fraktion, Enthaltungen: 6 der CDU-Fraktion und 1 Stimme der Fraktion DIE LINKE) abgelehnt.

Frau Wendland stellte für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

„Die Beschlussfassung wird geschoben.“

Sie begründete den Antrag damit, dass es auf der Grundlage der in der Vorlage angekündigten Zahlen erst möglich sei zu entscheiden, ob sich die Mehrkosten rechnen.

Herr Lembeck gab auf Nachfrage die Auskunft, dass es schwierig sein dürfte, die Zahlen bis zur nächsten Beratungsfolge zu liefern.

Der Antrag wurde mehrheitlich (contra: 7 Stimmen von der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen/GAL, pro: 6 Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, Enthaltungen: 1 der Fraktion DIE LINKE) abgelehnt.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss mehrheitlich mit 8 Stimmen gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt den als Anlage beigefügten Handlungsempfehlungen zur Neuausrichtung der kommunalen Pflichtaufgabe zur Hilfe in Wohnungsnotfällen des Arbeitskreises Wohnungslosigkeit als geeignete Mittel zur Weiterentwicklung der Hilfeangebote und zur Verbesserung der besonderen Problemlagen von obdach- bzw. wohnungslosen Familien in Münster zu. Er beauftragt die Verwaltung, die Grundausrüstung der täglichen Arbeit in Kooperation mit den Akteuren des Handlungsfelds entsprechend zu modifizieren.
2. Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen zur Neuausrichtung der Hilfen in Wohnungsnotfällen ist mit Kosten in Höhe von jährlich ca. 134.780 € einschließlich zwei 0,5 Stellen verbunden, die bisher nicht im Haushaltsplan veranschlagt sind. Dem stehen nachvollziehbare Einsparungen durch präventive Maßnahmen gegenüber. Insbesondere mit der vom Arbeitskreis Wohnungslosigkeit vorgeschlagenen Flächenreduzierung für den Betrieb einer Übergangseinrichtung sind neben Betriebskosteneinsparungen liegenschaftliche Gewinne zu erwarten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abhängigkeit von den planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen die Planung von Ersatzbauten für die Obdachlosenwohnungen an der Straße Schwarzer Kamp voranzutreiben, die folgende Kriterien erfüllen:
 - 3.1. ein Angebot von ca. 12 bis 14 Wohnungen für eine Anzahl von ca. 40 Personen,
 - 3.2. aktuelle Bau-, Ausstattungs- und Hygienestandards werden erfüllt, jedoch im Innenbereich orientiert an Mindestausstattungsstandards,

- 3.3. den hohen Anforderungen für die intensive Nutzung als Obdachloseneinrichtung wird bei Funktionalität und Bausubstanz entsprochen und
- 3.4. eine möglichst große Flexibilität der Raumkonzeption wird gewährleistet, um die Voraussetzungen für eine optimale Belegung der Kapazitäten zu schaffen.

Auf Basis der entwickelten Planung legt die Verwaltung den parlamentarischen Gremien einen Errichtungsbeschluss vor.

- 4. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. A-R/0049/2011 vom 05.05.2011 „Wohnraum für Alle!“ ist erledigt.
- 5. Mit der Vorlage der Handlungsempfehlungen ist die Tätigkeit des Arbeitskreises Wohnungslosigkeit beendet.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch diese Vorlage wird noch keine Entscheidung über die Bereitstellung von Haushaltsermächtigungen und letztlich Durchführung von einzelnen der hier genannten Maßnahmen getroffen. Hierüber ist vielmehr im Rahmen der kommenden Haushaltsplanberatungen unter Berücksichtigung der dann gegebenen Finanzlage der Stadt Münster zu entscheiden.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0608/2012

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel, anlässlich der Veranstaltung "Jazzfestival" am 06.01.2013

Auf einen Bericht zu der Vorlage durch die Verwaltung wurde verzichtet.

Herr Marczinkowski hinterfragte die Zulässigkeit von „Mehrfachanträgen“ im Zusammenhang mit verkaufsoffenen Sonntagen. Herr Schulze-Werner erläuterte das Verfahren, das in einer Leitlinie geregelt ist. Danach sind Anträge bis zum 15.02. eines Jahres oder spätestens 3 Monate vor der Veranstaltung zu stellen. Parallel zu den Erstanträgen würden – zur Fristwahrung – häufig „Vorratsanträge“ gestellt. Diese „Vorratsanträge“ würden nur dann aufgegriffen, wenn der Erstantrag abgelehnt wird. Im konkreten Fall hätte es einen Antrag zum 30.12.2012 gegeben. Dieser ist abgelehnt worden. Der Antrag für den 06.01.2013 wird entsprechend der Leitlinie mit der Vorlage jetzt aufgegriffen.

Es entstand insgesamt eine Diskussion zu dem Thema, insbesondere zu der Frage, ob die gesetzlichen Regelungen überhaupt eine Öffnung der Geschäfte aus Anlass des Jazzfestivals zulassen. Herr Schulze-Werner bestätigte ausdrücklich, dass das rechtlich möglich ist. Ob es dann tatsächlich zu diesem verkaufsoffenen Sonntag kommt, sei eine politische Entscheidung.

Herr Klas kündigte an, dass er die städtische Vorgehensweise rechtlich prüfen lassen wird.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss mehrheitlich mit 10 Stimmen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion die Linken dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Die als **Anlage 1** beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0540/2012

Besetzung der Einigungsstelle nach LPVG

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Für die bei der Stadt Münster nach § 67 Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG NRW) einzurichtende Einigungsstelle werden im Einvernehmen mit der Personalvertretung für die Dauer der laufenden Wahlperiode (01.07.2012 – 30.06.2016) berufen:
 - a) Herr Horst-Dieter Krasshöfer, Richter am Bundesarbeitsgericht, zum Vorsitzenden
 - b) Herr Thomas Gerretz, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Hamm, zum stellvertretenden Vorsitzenden
2. Die Zahl der Beisitzer/-innen einschließlich der Vertreter/-innen wird im Einvernehmen mit der Personalvertretung auf 12 festgesetzt (je 6 von der obersten Dienstbehörde und der Personalvertretung zu benennende Beisitzer/-innen)
3. Von der obersten Dienstbehörde werden folgende Beisitzer/-innen in die Einigungsstelle entsandt:
 - a) Herr Michael Willamowski, Amtsleiter
 - b) Herr Rainer Uetz, Dezernent
 - c) Frau Michaela Heuer, Justiziarin
 - d) Herr Patrick Hasenkamp, Betriebsleiter
 - e) Frau Monika Rasche, Amtsleiterin
 - f) Frau Christiane Köhling, Fachstellenleiterin

Der Oberbürgermeister bestimmt jeweils die drei Teilnehmer/-innen, die für die oberste Dienstbehörde an der Verhandlung der Einigungsstelle teilnehmen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Keine finanziellen Auswirkungen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Klas äußerte sich über die Beratungskette bei der Besetzung der Stelle „Leiter/in Sozialamt“ verärgert. Er verwies auf die Mail von Frau Köhling an die Fraktionsgeschäftsstellen vom 28.08.2012, in der die Frage gestellt wurde, ob es gewünscht ist, dass Bewerber/innen sich in den Fraktionen vorstellen. Vorstellungen in den Fraktionen wären aufgrund der Terminkette (18.09.2012 Sondersitzung des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung – 19.09.2012 Entscheidung in der Sit-

zung des Rates) nur vor der gemeinsamen Sitzung möglich. Das würde das Verfahren im Ausschuss entwerfen. Er forderte eine Terminkette die es ermöglicht, dass nach der Ausschusssitzung und vor der entscheidenden Ratssitzung noch ein Montag liegt, damit in den Fraktionen eine Abstimmung erfolgen kann. Herr Pölling wies darauf hin, dass die SPD vor der Ausschusssitzung in den Fraktionen diskutieren wird.

Herr Heuer hat zugesagt, dass die Verwaltung eine Vorverlegung der gemeinsamen Sitzung prüfen und den Ausschuss kurzfristig (am 30./31.08.2012) informieren wird.

Simone Wendland
Vorsitz

Christiane Köhling
Schriftführung